

Beate Funck leitet Hanauer Parlament

Konstituierende Sitzung: Stadtverordnete wählen die SPD-Politikerin einstimmig zur neuen Vorsteherin

HANAU. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die Stadt Hanau eine Erste Bürgerin. Einstimmig wählte die neue Stadtverordnetenversammlung am Montagabend die Sozialdemokratin Beate Funck zu ihrer Vorsteherin.

Das aus der Kommunalwahl am 27. März hervorgegangene Parlament traf, ungewöhnlich für eine konstituierende Sitzung, auch seine erste Sachentscheidung: Mit Ausnahme der Linken votierten alle Fraktionen für die Aufstellung eines neuen Bebauungsplans, der die geänderte Planung für den Freiheitsplatz mit Einbeziehung der ehemaligen Karstadt-Immobilie und einer größeren Tiefgarage festschreibt.

Verantwortung angemahnt

Seine 72 Lebensjahre bescherten dem Stadtverordneten Günther Jochem von der SPD-Fraktion eine ehrenvolle Aufgabe. Als Alterspräsident durfte er die Leitung der ersten Zusammenkunft der neu gewählten Bürgervertretung von Oberbürgermeister Claus Kaminsky übernehmen und die Kollegen über den einzigen Wahlvorschlag für das höchste Amt im Präsidium abstimmen lassen. »Verharren Sie nicht in visionären Elfenbeintürmen«, mahnte er die Stadtverordneten in seiner kurzen Ansprache. Große Aufgaben verlangten ein verantwortungsfreudiges Parlament.

Parlamentarischem Brauch gemäß fiel der SPD, mit 22 von 59 Mandaten stärkste Fraktion im hohen Haus, das Vorschlagsrecht für den neuen Stadtverordnetenvorsteher zu. Die designierte Fraktionsvorsitzende Cornelia Gasche würdigte Beate Funck, bisher Stellvertreterin des ausgeschiedenen Christdemokraten Jürgen Scheuermann, mit ihrer »charmanten Hartnä-



Hanau hat eine Erste Bürgerin: Beate Funck (SPD) wurde am Montag zur Stadtverordnetenvorsteherin gewählt. Zum einstimmigen Votum gratulierten Alterspräsident Günther Jochem (links) und Oberbürgermeister Claus Kaminsky.

Foto: Karin Klemt

ckigkeit« und hohem Bekanntheitsgrad in der Bürgerschaft als ideale Repräsentantin kommunaler Demokratie. Die politische Auseinandersetzung solle, unter ihrer Leitung »immer getragen sein von der Achtung des anderen, besonders des Andersdenkenden«, kündigte die neue Parlamentspräsidentin an.

Weder bei der Besetzung des Präsidiums noch bei der Wahl des Magistrats ergaben sich Hinweise auf mögliche künftige Kooperationen oder sich anbahnende Koalitionen. Zu stellvertretenden Stadtverordnetenvorstehern wählte das Plenum auf der Grundlage zweier Wahlvorschläge von Sozial- und Christdemokraten Wolfgang Schaffert (SPD) und Hildgard

Geberth (CDU). Zwei der vier gewählten Beisitzer stellt mit Cornelia Gasche und Thomas Straub die SPD, einen mit Dieter Hog die CDU, die über 16 Sitze im Parlament verfügt. Für die Grünen (neun Mandate) wurde Stefan Weiß ins Präsidium gewählt. FDP (drei Sitze), BfH (vier) und die Linke (drei) sind mit ihren Fraktionsvorsitzenden in dem Gremium vertreten. So fehlen einzig die Republikaner, die mit nur noch zwei Stadtverordneten ihren Fraktionsstatus verloren haben.

Der parlamentarischen Arithmetik entspricht auch die Besetzung des neuen ehrenamtlichen Magistrats. Die SPD ist durch Günther Jochem, Waltraud Hoppe und Hannelore Bunz vertreten. Franz Ott und Heinz Münch re-

präsentieren die CDU. Für die Grünen steht künftig Wulf Hilbig, für die FDP wie bisher Lutz Wilfert und für die Bürger für Hanau Michael Göbler. Einer künftigen Sitzung vorbehalten blieben am Montag Zahl, Struktur und Besetzung der künftigen Parlamentsausschüsse. Die Aufgaben der Stadtpolitik für die neue Legislaturperiode hatte zu Beginn der Sitzung OB Kaminsky umrissen. Neben dem Innenstad-Umbau »in sozialer und ökologischer Verantwortung« nannte er die Bildungspolitik, Integration »mit gelebter Toleranz, offenem Umgang mit Vielfalt und Differenz« sowie die Gestaltung einer »Stadt für jedes Alter«.

Den bisherigen, vom Mitte-Links-Bündnis »Kleeblatt« getragenen Kurs sieht der Rathauschef durch das Ergebnis der Kommunalwahl bestätigt. In dieser Kontinuität stünden auch die neuen Pläne für den Freiheitsplatz-Umbau gemäß dem Wettbewerblichen Dialog.

Klarer Zeitplan

Ein Antrag der Linken, zunächst die Ausschüsse damit zu befassen, scheiterte. Für die Grünen erklärte Stefan Weiß, die nunmehr vorgesehene stärkere Begrünung und der Erhalt der Schnurbäume an der Ostseite rechtfertige – trotz Verlust der alten Platanen – eine Zustimmung. Nach Worten Kaminskys soll der modifizierte B-Plan im Mai mit den Trägern öffentlicher Belange erörtert und im Rahmen der vorgezogenen Bürgerbeteiligung vorgestellt, im August als Entwurf beschlossen und nach der öffentlichen Auslegung spätestens im Dezember verabschiedet werden. Das ermögliche einen Baubeginn am Freiheitsplatz im zweiten Quartal 2012. kko